

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12. Februar 1958

225/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , Dr. P f e i f e r und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend bevorzugte Behandlung politisch Verfolgter bei der Besetzung leitender Dienstposten des öffentlichen Dienstes.

-.-.-.-

Mit Ministerratsbeschluss vom 9. 1. 1946 wurde einem Bericht des damaligen Bundeskanzlers Dipl.-Ing. Figl über bevorzugte Behandlung (ehemaliger) politischer Schutzhäftlinge, die im öffentlichen Dienst stehen, zugestimmt ("Wiener Zeitung" vom 10. 1. 1946).

Wie aus der "Wiener Zeitung" vom 22. 1. 1958 zu ersehen ist, wird bei der Besetzung leitender Dienstposten des Unterrichtsressorts auch jetzt noch, 13 Jahre nach Kriegsende, auf diesen Beschluss ausdrücklich Bezug genommen. Der erwähnte Beschluss steht aber mit dem Sinn des demokratischen Gleichheitssatzes, wie er in Artikel 2 und 3 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger und in Artikel 7 B.-VG, aber auch in Artikel 6 und 8 des österreichischen Staatsvertrages niedergelegt ist, in Widerspruch. Denn der Sinn dieses Gleichheitssatzes ist, dass niemand wegen seiner politischen oder religiösen Einstellung und Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden soll. Auch soll nach den wiederholten Erklärungen des Kanzlers und des Vizekanzlers bei Ausschreibungen und Besetzungen öffentlicher Dienstposten lediglich die sachliche Eignung und Befähigung massgebend sein. Der Umstand aber, dass jemand durch eine politische Haft Schaden erlitten hat, ist sowohl im Gehaltsgesetz als auch im Beamtenentschädigungsgesetz - allerdings bisher nur einseitig - berücksichtigt worden. Das Beamten-Überleitungsgesetz hat übrigens - auch dies im Widerspruch zur Verfassung - bei der erstmaligen Bildung der neuen Personalstände zwar eine bevorzugte Berücksichtigung politisch Verfolgter vorgesehen, keineswegs aber die dauernde bevorzugte Behandlung dieser Personen bei Stellenbesetzungen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, zu veranlassen, dass der Ministerratsbeschluss vom 9. 1. 1946 betreffend die bevorzugte Behandlung politisch Verfolgter bei der Besetzung von Dienstposten ausser Kraft gesetzt wird?

-.-.-.-